

## Mehr Schulden für den Euro

### Europas Staaten kämpfen um ihren Kredit und verarmen ihre Völker

Drei Jahre nach dem Zusammenbruch des Finanzsystems im Gefolge der Lehman-Pleite ist es wieder so weit. Wenn das spekulative Vermögen globaler Finanzkapitalisten nicht erhalten bleibt, das in griechischen, portugiesischen, spanischen, italienischen Staatsschulden steckt, wenn sie diese Papiere in großem Stil abstoßen, weil sie ihnen den Wert nicht mehr zumessen, den sie ihnen einmal zugemessen haben, dann droht von neuem ein Crash der Banken, die Verflüchtigung aller Ersparnisse, der Zusammenbruch des Geldverkehrs und überhaupt das Ende des Geldes, in dem die europäischen Staaten wirtschaften. Und klar ist auch: Ökonomisch ist der Wert dieser Staatsschulden schon dahin; erhalten bleibt er nur, wenn ihn die Geldkapitalisten gegen ihr eigenes Urteil von der Politik garantiert bekommen.

Dafür gefordert sind Bürgschaften und Kapitalhilfen von Euro-Staaten, die noch Kredit haben, also Schulden machen können, für die sie mit ihrem Staatshaushalt und Steueraufkommen einstehen. Wenn nun der deutsche Steuerzahler als das entscheidende Subjekt der neuen Runde der Finanzmarkt-Rettung gehandelt wird, das einerseits geschont, andererseits für die notwendigen Maßnahmen gewonnen werden müsse, dann ist das gelogen: Regierungen machen von der Zustimmung der Leute nicht abhängig, was sie national und europapolitisch nötig finden. Umgekehrt stimmt die Sache schon: Natürlich sind es immer die Bürger, die mit ihren Steuern für die souveränen Beschlüsse der Finanzpolitiker gerade stehen.

Also wird den Deutschen auch erklärt, warum ihre Regierung die Risiken eingeht, die sie tragen müssen; zum Beispiel mit der sympathischen Zusicherung, dass sie garantiert nur für egoistische deutsche Interessen rangenommen werden: Griechenland wird nicht für die Griechen gerettet, sondern „für uns“! „Wir“, hört man, profitieren von allen Mitgliedsländern am meisten vom Euro, „wir“ können uns weder einen griechischen Rausschmiss, noch einen eigenen Austritt aus der Eurozone, noch gar ihren Zusammen-

bruch leisten. Alle Alternativen zu den gigantischen Rettungsschirmen wären sowieso noch teurer und in ihrer Wirkung desaströs. Die Kanzlerin und ihre Kollegen verlassen sich darauf, dass das nationale „Wir“ schon seine Wirkung tut und die angesprochenen Bürger bereit sind, sich für die weit und breit größten Nutznießer des Euro zu halten, nur weil sie als preiswerte Arbeitskräfte – irgendwie – an der erfolgreichen deutschen Wirtschaft beteiligt sind. In der Stunde der Gefahr dürfen die Leute an ihr Arbeiten- und Geldverdienen-Können, an das Ersparte, an die Kaufkraft der Renten und Löhne denken und das Missverständnis pflegen, Griechenland und der Euro müssten gerettet werden, damit ihr sogenannter Wohlstand erhalten bleibt.

Dabei zeigt der Abstand zwischen der Welt der staatlichen und privaten Großfinanz (den Bankbilanzen, der Bonität ganzer Länder, den vielen hundert Milliarden des EFSF) und dem alltäglichen Leben (mit den paar tausend Euro, die es kostet) umgekehrt nur, welchen viel wichtigeren Zwecken dieses nachgeordnet ist. Es ist nichts als ein kleines Anhängsel kapitalistischer und imperialistischer Großtaten, bei denen es um ganz andere Dinge geht, als um den Lebensunterhalt einfacher Bürger. Für diese Ziele werden die Bürger in Dienst genommen und von ihrem Erfolg wird deren Lebensunterhalt und Leben abhängig gemacht.

Täglich bekommen die Deutschen zu hören: „Wir“ brauchen den Euro. „Wir“ brauchen stabile europäische Banken. „Wir“ brauchen das Vertrauen internationaler Anleger in die Staatsschulden der Euro-Länder. „Wir“ brauchen den Europäischen Stabilitäts-Mechanismus. „Wir“ brauchen eine neue Ordnung in der Euro-Zone, die Defizit-Staaten die Souveränität über ihren Staatshaushalt wegnimmt. Aber warum und wofür „wir“ alles das brauchen – dazu hört man nur Unsinn. Der Vortrag wird es erklären.

**VORTRAG mit DISKUSSION** Donnerstag, 20. Oktober 2011, 19.30 Uhr  
Karlsruhe, Planwirtschaft, Werderstraße 28

Eine Veranstaltung des  
**Kapital-Lesekreis Karlsruhe**

Internet: [kapitallesekreis.blogspot.de](http://kapitallesekreis.blogspot.de)  
e-Mail: [marx-lesen-karlsruhe@web.de](mailto:marx-lesen-karlsruhe@web.de)

# GEGENSTANDPUNKT

## Politische Vierteljahreszeitschrift

---

### Das Finanzkapital

**I. Die Basis des Kreditystems:  
Von der Kunst des Geldverleihens**  
(in GS 3-08)

**II. Die Entfaltung der Kreditmacht des Finanzkapitals: Die Akkumulation des „fiktiven“ Kapitals**  
(in GS 2-09)

**III. Die ‚systemische‘ Bedeutung des Finanzgeschäfts und die öffentliche Gewalt**  
(in GS 1-10)

**IV. Das internationale Finanzgeschäft und die Konkurrenz der Nationen**  
(in GS 1-11)

Die vier Nummern des **GEGENSTANDPUNKT** zum **Finanzkapital** gibt es als Paket zum Sonderpreis.

Die Hefte 3-08, 2-09, 1-10, 1-11 kosten zusammen 30,- € (Einzelheft: 15,- €).

Porto und Versand sind bei Bestellungen direkt beim Verlag inklusive.

Gegenstandpunkt Verlag

Kirchenstr. 88

81675 München

Tel.: 089 / 2721604 Fax 089 / 2721605

E-Mail: [gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de)

Internet: [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)

---

**Aktuelles zur Krise gibt es in den neuesten Heften des GEGENSTANDPUNKT:**

#### **GEGENSTANDPUNKT 2-11**

**Zum Auftakt des Jahres 5 der Weltfinanzkrise**

### **Imperialistische Geldsorgen**

Europa ruiniert seine „Südschiene“. In Amerika eskaliert die patriotische Begeisterung – bis zur Blockade der Staatsmacht, die kein Geld mehr hat.

Dieselbe Krise trifft zweierlei Imperialismus in seinem ökonomischen Lebensmittel: der Gleichung von Schulden und Geld. Dem einen, der Weltmacht, kommt die Gewissheit seiner weltwirtschaftlichen Grundlagen abhanden. Der andere, der um Gleichrangigkeit ringende europäische Rivale, kämpft sich an seinem Grundwiderspruch zwischen Einheit, materialisiert im gemeinsamen Kredit, und Konkurrenz ab, den die Krise auf die Tagesordnung der Europapolitik zwingt.

**Krisenbewältigung in den USA**

### **Die Nation kämpft gegen den ökonomischen Abstieg**

**ESM, Pakt für den Euro, Wirtschaftsregierung etc.**

### **Die Rettung des Euro**

#### **GEGENSTANDPUNKT 3-11**

**Das Ergebnis von 4 Jahren Krisenbewältigung**

### **„Die Krise ist zurück!“**

Seit Griechenland von seinen Euro-Partnern und dem IWF Kredit bekommen hat und die verlangten Maßnahmen zur Sanierung seines Haushalts tapfer voranbringt, sind nicht nur dort die Zahlungsnöte der Regierung immer größer geworden. Auch das Geschäft mit Staatsanleihen der Euro-Länder Irland und Portugal ist inzwischen total eingebrochen; die Zinsen bzw. Risikozuschläge für Staatsanleihen Spaniens und Italiens erreichen unvertretbare Höchstwerte. Jenseits des Atlantik steht es auch nicht gut: Da erkennt eine der drei wichtigen Rating-Agenturen den Staatsanleihen der USA nurmehr die Note „AA+“ zu und schickt damit die „Börsen auf Talfahrt“. Hinzu kommt: Mit der Weltkonjunktur sieht es gar nicht gut aus. Schuld daran und an den mittelfristig schlechten Aussichten sind nach verbreiteter Einschätzung nicht zuletzt die Sparbemühungen vieler Staaten, die andererseits wegen 'Krise' unvermeidlich sind... Eine dumme Sache, so eine Krise; eine, die Aufklärung verlangt:

Europas Staatsschulden sind zu hoch: Fragt sich nur: Zu hoch für wen und für welchen Zweck? – Was zu viel ist, gehört gestrichen. Aber genau das darf nicht passieren. – Die verschuldeten Euro-Staaten sind als Garanten ihrer Schulden gefordert, also als Konkurrenten herausgefordert – Auch die USA sind überschuldet – Die Lösung für die USA: Ein Kompromiss im Haushaltsstreit, der einen weltweiten Börsenkrach auslöst – Die Lösung für Europa: Ein finanzpolitischer Kraftakt zur Rettung der Euro-Zone, ein verschärfter Konkurrenzkampf, ein Börsenkrach für alle und ein Ringen um mehr politische Kontrolle der EU-Führungsmächte.

---

**Der GEGENSTANDPUNKT ist in Karlsruhe erhältlich in den  
Buchhandlungen im Hauptbahnhof Karlsruhe und im Bahnhof Durlach.**